

Aufbauhilfe Kultur

Dietrich Heißenbüttel

Massive staatliche Unterstützungen für den Kultur- und Kreativsektor fordert eine Studie von Ernst & Young angesichts der Milliardenverluste aufgrund der Coronakrise. Denn Kultur ist nicht nur Freizeitbeschäftigung. Den Autoren zufolge ist sie ein wesentlicher Treiber des gesellschaftlichen und ökologischen Wandels.

200 Milliarden Euro Einnahmen sind der Kultur- und Kreativwirtschaft Europas durch die Coronakrise verloren gegangen: Zu diesem Ergebnis gelangt eine Studie der Wirtschaftsprüfer Ernst & Young (EY) im Auftrag des europäischen Dachverbands der Verwertungsgesellschaften GESAC. Das entspricht einem Rückgang von 31 Prozent im Jahr 2020 gegenüber 2019, wobei die Darstellenden Künste mit -90 Prozent und die Musik mit -76 Prozent am stärksten betroffen sind und nur Computerspiele einen leichten Zuwachs verzeichnen. Kein anderer Wirtschaftszweig hat solche Einbußen hinnehmen müssen mit Ausnahme des Luftverkehrs. 7,6 Millionen Menschen sind europaweit in der Kultur- und Kreativwirtschaft tätig, dreimal so viele wie in der Autoindustrie. Das sind drei Prozent aller Erwerbstätigen, die aber 4,4 Prozent der europäischen Wirtschaftsleistung erbrachten. Zu 90 Prozent handelt es sich um kleine und mittlere Betriebe, jeder Dritte ist Freiberufler.

Deutschland ist in diesem Bereich mit 1,8 Millionen Erwerbstätigen ein Schwergewicht. Vier Prozent der Erwerbstätigen arbeiten in der Kultur- und Kreativwirtschaft, drei Prozent der Kernerwerbstätigen, denn zu ungefähr einem Drittel handelt es sich um geringfügig Erwerbstätige. Nach einer Prognose des Kompetenzzentrums Kultur- und Kreativwirtschaft – die endgültigen Daten liegen noch nicht vor – drohen für 2020 im Fall des gravierenderen Szenarios, das heißt eines zweiten Lockdowns, Umsatzeinbußen in Höhe von 39,8 Milliarden Euro. Der Fall ist eingetreten.

Der Begriff Kultur- und Kreativwirtschaft ist weit gefasst. Neben dem Kulturbereich zählen dazu auch der umsatzstarke Bereich Software/Games, Presse, Privatrundfunk, Werbung und in Deutschland, anders als in der europäischen Studie, auch das Design. Rund 60.000 zumeist kleine Unternehmen arbeiten in diesem Bereich, mit 275.000 Erwerbstätigen und 153.000 Kernerwerbstätigen. 122.000 sind geringfügig erwerbstätig, je zur Hälfte Kleinselbstständige und geringfügig Beschäftigte. Die Gesamtlage ist ähnlich komplex: Schauspieler, die nicht fest angestellt sind, arbeiten zumeist mit Zeitverträgen. Die meisten anderen Künstler sind Freiberufler, also Mini-Selbstständige.

Alle sind durch die Maßnahmen zur Eindämmung des Coronavirus in einer Weise in ihrer beruflichen Tätigkeit eingeschränkt, wie es das zuvor noch nie gab. Am schlimmsten trifft es die vielen Einzelkämpfer, die nicht viel einnehmen und wenig besitzen. „Ein rabenschwarzes Jahr für die Kultur“, bilanziert der Deutsche Kulturrat zum Jahresende. Dabei hatten sich Kultur und Kulturpolitik alle Mühe gegeben, einen weitgehend risikofreien Neuanfang zu ermöglichen. Eine Milliarde Euro hat Kulturstatsministerin Monika Grütters im Sommer für das Programm Neustart Kultur bereitgestellt, das helfen soll, die Vielfalt der Kultur zu erhalten. Eine zweite Milliarde hat die Regierung kürzlich bewilligt. Allein 500 Millionen Euro sollen bis 2024 zur Aufrüstung von Lüftungsanlagen zur Verfügung stehen. Viel Kreativität ist darauf verwendet worden, digitale Angebote, Hygienekonzepte, Veranstaltungen im Freien und neue Formate zu entwickeln, die einen eingeschränkten Betrieb wieder ermöglichen sollten. Dann hieß es erneut: Lockdown.

Intendanten und Museumsdirektorinnen haben widersprochen: Viel sei in Hygienemaßnahmen investiert worden, trotz sorgfältiger Aufzeichnungen sei kein einziger Fall von Virenübertragung bekannt geworden. Warum soll-

ten Museen ein Infektionsherd sein, während Industrieunternehmen, Banken oder Regierungspräsidien, wo viel mehr Menschen zusammenkommen, weiter arbeiten? Weil, so die Logik der Beschlüsse, Wirtschaft und Verwaltung essenziell notwendig sind und nicht einfach ihren Betrieb einstellen können. Kultur galt dagegen als Freizeit. Dass sich Opern- und Konzerthäuser auf diese Weise mit Bordellen und Spielhöllen in eine Reihe gestellt sahen, stieß auf massiven Protest. Der Deutsche Kulturrat hat erreicht, dass dies geändert wurde. „Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei“, steht im Grundgesetz. Bei künftigen Beschlüssen muss dies berücksichtigt werden. Was das konkret heißt, muss sich erst noch erweisen.

Derweil haben die meisten Künstler und Freiberufler alle Hände voll zu tun, um überhaupt über die Runden zu kommen. Es ist anzuerkennen: Ämter und Ministerien haben hart gearbeitet, um den drohenden Totalschaden aufgrund der Anordnungen abzuwenden. Einzelne Bundesländer wie Baden-Württemberg haben anfangs schnell und unbürokratisch reagiert. Auf Bundesebene sollten betroffene Künstler und Kleinselbstständige zunächst nur ihre Kosten ersetzt bekommen. Doch welche Kosten hat ein Opersänger oder eine Schauspielerin? Seit dem zweiten Lockdown hat die Bundesregierung das Heft in die Hand genommen. Die Länder halten sich nun vornehm zurück und assistieren allenfalls mit flankierenden Maßnahmen.

Die Lage bleibt unübersichtlich. Neben November- und Dezemberhilfe gibt es die Überbrückungshilfe III und die Neustarthilfe für Soloselbstständige, nicht zu verwechseln mit dem bereits erwähnten Programm Neustart Kultur für die Kultureinrichtungen. Es muss ständig nachgebessert werden. So sind „unständig Beschäftigte“ wie Schauspielerinnen und Schauspieler erst seit Januar Kleinselbstständigen gleichgestellt. November- und Dezem-

berhilfe bekommt nur, wer den Betrieb komplett einstellen oder als indirekt Betroffener auf 80 Prozent seiner Einnahmen verzichten musste. Erstattet werden aber nur 75 Prozent der Ausfälle. Überbrückungshilfe III gibt es dagegen schon ab 30 Prozent Umsatzeinbußen, immer im Vergleich zum entsprechenden Monat 2019. Was aber ist mit Geringverdienern, deren Einnahmen um weniger um als 30 Prozent zurückgegangen sind? Für sie kommt nur noch die Grundsicherung (Hartz IV) in Frage. Es gilt ein vereinfachter Zugang: Selbständige, die unter gewöhnlichen Umständen gearbeitet hätten, müssen nicht dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen und ein Vermögen bis 60.000 Euro nicht anrechnen. Das bedeutet aber umgekehrt: Wer mehr besitzt, wird gezwungen, seine Rücklagen anzuknabbern.

Künstler sind Überzeugungstäter, die oft nur knapp über die Runden kommen. Viele können nun trotz staatlicher Hilfen, die zudem häufig zu spät kommen, ihre Miete nicht mehr bezahlen. *„Aus den Verbänden im Deutschen Kulturrat ist oft zu hören, dass sich ihre Mitglieder beruflich neu orientieren, dass sie resigniert haben und sich eine Zukunft im Kulturbereich derzeit nicht vorstellen können“* schreiben Olaf Zimmermann und Gabriele Schulz in der Verbandszeitung Politik & Kultur. *„Neben den ökonomischen Sorgen, die viele zu diesem Schritt veranlassen, weil die Hilfen nicht passgenau sind oder teils auch gar nicht infrage kommen, wird die Perspektivlosigkeit oft als Grund angegeben. Die Unsicherheit, wann der Kulturbetrieb wieder hochgefahren wird, ist sehr groß.“*

Zur Unsicherheit trägt auch bei, dass noch völlig unklar ist, wie die Milliardenprogramme refinanziert werden sollen. Jahrzehntlang galt als oberste Maxime die „schwarze Null“. Nun sind nicht Alle gewillt oder in der Lage, dieses Denken von einem Tag auf den anderen ad acta zu legen. Gefahr droht daher von ganz anderer Seite: Kommunen als wichtigste Träger der Kulturinstitutionen könnten, wie vereinzelt bereits angekündigt, die Haushaltsdisziplin über die „freiwillige Aufgabe“ Kultur stellen – auch wenn sich hier nicht viel sparen lässt, denn auf Kultur entfällt in der Regel kaum mehr als ein Prozent des Haushalts. Würde sich

diese Herangehensweise durchsetzen, wäre das für die Kultur ein Totalschaden. Jedem achten Museum weltweit droht im Moment der EY-Studie zufolge die endgültige Schließung.

Ernst & Young plädiert für einen anderen Weg. Von 2013 bis 2019 ist die Kultur- und Kreativwirtschaft jährlich um 2,6 Prozent gewachsen. Die Zahl der Beschäftigten hat jeweils um 1,9 Prozent zugenommen, mehr als im Bauwesen oder in der Autoindustrie. Die Kultur- und Kreativwirtschaft ist eine Schlüsselbranche der Digitalisierung. Sie ist dynamischer als andere Wirtschaftszweige und besser als andere Bereiche in der Lage, schnell auf neue Herausforderungen zu reagieren. Allerdings ist sie finanziell oft nicht gut ausgestattet. Die Heterogenität, die vielen Kleinunternehmen und Freiberufler machen den Wirtschaftszweig angreifbar. Allein die Ausschüttung von Urheberrechten, für Künstler und Kreative ein unverzichtbarer Teil ihres Einkommen, ging 2020 um 35 Prozent zurück.

Daher fordert die Studie zunächst eine massive staatliche Förderung der Kultur und die Unterstützung privater Unternehmen der Kreativwirtschaft, gemeinnütziger Organisationen, Unternehmer und Kreativer bei Investitionen. Damit nicht genug: Die Krise, hervorgerufen durch Schließungen und Absagen, hat die Verletzlichkeit der Branche zutage gefördert. Ernst & Young fordert, die Rahmenbedingungen zu verbessern und den in diesem Bereich Tätigen eine verlässliche Perspektive zu bieten. Und die Studie geht noch einen Schritt weiter: Unter dem Stichwort *Leverage (Hebelwirkung)* fordert sie die Kultur- und Kreativwirtschaft *„und die multiplizierte Energie ihrer Millionen individueller und kollektiver Talente“* zu nutzen als einen *„wesentlichen Beschleuniger des sozialen und ökologischen Wandels in Europa.“*

Bleibt die alte Frage: Woher nimmt der Staat das Geld? Besteht die Gefahr einer Inflation, wenn er plötzlich zu viel ausgibt? Interessanter Weise war dies weder nach der Finanzkrise 2008, noch bis jetzt aufgrund der Corona-Hilfen der Fall. Bei näherer Betrachtung bleibt das reale Wirtschaftswachstum ohnehin weit hinter der Geldmenge zurück, die Geschäftsbanken in Form von Kre-

diten ausgeben. Tatsächlich ist auch die Inflation 1923 nicht allein auf die exponentielle Zunahme gedruckter Geldwerte zurückzuführen, sondern bereits auf die Aufhebung des Goldstandards im Ersten Weltkrieg zur Kreditfinanzierung der Rüstungsproduktion und auf die im Versailler Vertrag festgelegten Reparationszahlungen. Inflation und Währungsreform machten damals im Handumdrehen die größten Geldvermögen ebenso wie bescheidene Sparguthaben zunichte. Nur Immobilien behielten ihren Wert. Um einen Ausgleich zu schaffen, erhob der Staat als „Geldentwertungsausgleich bei bebauten Grundstücken“ die Hauszinssteuer, die erstmals in der Geschichte einen nennenswerten staatlich finanzierten sozialen Wohnungsbau in Gang brachte. Auch in der Corona-Krise gibt es nicht nur Verlierer. Die Vermögen der Milliardäre und großen Konzerne haben im vergangenen Jahr noch mehr zugenommen als sonst. Amazon, Apple und Facebook, Daimler, VW, BMW und Siemens, Goldman Sachs und Munich Re, Deutsche Wohnen und Vonovia, Lidl und Hornbach: sie alle haben an der Krise Milliarden verdient. Ein Ausgleich wäre dringend geboten, schon aus Gründen der Gerechtigkeit. Aber auch im Sinne der Demokratie, aus zwei Gründen: zum einen weil die extremen Einkommens- und Vermögensunterschiede eben auch extreme Unterschiede der Handlungsmacht bedeuten. Auf der anderen Seite kommt die EY-Studie zu dem Ergebnis, kein anderer Wirtschaftszweig sei so sehr in der Lage, die Gesellschaft auf die notwendigen sozialen und ökologischen Herausforderungen vorzubereiten, wie die Kultur- und Kreativwirtschaft. Die dazu eben eine auskömmliche ökonomische Grundlage benötigt. 

Zum Autor

Dr. Dietrich Heißenbüttel



Geboren 1956 in Hamburg. Ausbildung zum Schreiner und Möbelerestaurator. Studium der Kunstgeschichte und der Vergleichenden Literaturwissenschaften an der Universität Stuttgart. Promotion in Kunstgeschichte an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Arbeitet als Kunsthistoriker, Journalist und Übersetzer.

Website: <http://artwritings.de>